



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

# **KLIMAKRISE STOPPEN**

UNS GEHT'S UMS GANZE

# ANSPRUCH.. und REALITÄT

Wir sind mittendrin in der Klimakrise – weltweit und auch in Deutschland. Noch können wir das Schlimmste verhindern, dazu müssen wir aber jetzt handeln. Oberstes Ziel ist, die Erderhitzung auf höchstens zwei Grad, möglichst 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Für Deutschland heißt das, unsere Treibhausgase bis 2020 um mindestens 40 Prozent zu senken. Doch dieses Ziel hat die Bundesregierung bereits zu Beginn der Großen Koalition aufgegeben. Wie sie die nächsten Etappen erreichen will – bis 2030 eine Verringerung um 55 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent –, steht in den Sternen. Bisher bleibt die Bundesregierung untätig.



Die Treibhausgasemissionen sind deshalb sogar zeitweise wieder gestiegen. Schuld daran sind vor allem die klimaschädliche Kohleverstromung und völlig unzureichende Maßnahmen im Verkehrssektor.

In Brüssel macht die Bundesregierung unterdessen unverhohlenen Lobbypolitik für deutsche Energie- und Autokonzerne, statt eine ambitionierte EU-Klimapolitik zu verfolgen. Wir Grüne im Bundestag sind die einzige politische Kraft, die es ernst meint mit einer wirksamen Klimapolitik. Wir wollen den Kohleausstieg umsetzen und die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen. Dazu gehört auch, ein verbindliches Klimaschutzgesetz mit konkreten Vorgaben für alle Ressorts auf den Weg zu bringen.

Foto: Keegan-hennari, unsplash

# PARISER KLIMASCHUTZABKOMMEN

Vor fast vier Jahren wurde das Klimaschutzabkommen von Paris beschlossen. Es ist ein wichtiger Meilenstein für den internationalen Klimaschutz. Die Staaten der Welt haben sich dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen – möglichst auf 1,5 Grad. Die Treibhausgasemissionen wollen sie spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf netto null reduzieren. Trotz dieses Erfolges der Klimadiplomatie ist das Abkommen von Paris

nicht der Abschluss des internationalen Klimaschutzes, sondern lediglich eine erste wichtige Etappe, um die globale Erwärmung zu begrenzen. Es liegt nun an allen Staaten, die Vereinbarung mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Die USA haben bereits einen Rückzieher gemacht und wollen aus dem Abkommen austreten. Der EU und damit auch Deutschland kommt daher eine besondere Verantwortung zu.



Foto: Wikipedia

Doch bisher geschieht viel zu wenig. Kein europäisches Land ist auf Kurs, das Pariser Abkommen einzuhalten. Deutschland ist mittlerweile sogar hinten dabei, nicht mehr vorn. Es ist höchste Zeit, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zur verbindlichen Richtschnur ihrer Klimapolitik machen.

Es ist der Mensch, der durch seine Treibhausgasemissionen das weltweite Klimasystem erhitzt. Das ist mittlerweile wissenschaftlich erwiesen. Der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC von 2018 zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels zeigt: Wenn die globalen Emissionen auf dem derzeitigen Niveau bleiben, wird dieser Wert bereits um das Jahr 2040 herum überschritten sein. Bereits diese Erwärmung wird desaströse Auswirkungen haben wie den Anstieg des Meeresspiegels und ein Korallensterben.

# DER PEGEL STEIGT



Foto: Dr. Bernd Gross, Wikipedia,  
Elbe-Hochwasser in Pirna

Die Risiken sind bei 2 Grad Celsius noch höher. Dann wird auch das Überschreiten irreversibler Kippunkte wahrscheinlicher: das Abschmelzen des grönländischen Eisschildes, das Auftauen der Permafrostböden, der Verlust der CO<sub>2</sub>-Senke Amazonasurwald.

Die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen verzeichnen wir in der jüngsten Vergangenheit nach 1998. Schuld an dieser unheilvollen Entwicklung ist der ungebremste Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Zwischen 1970 und 2010 wurden allein 40 Prozent der Treibhausgase ausgestoßen, die seit Beginn der industriellen Revolution 1750 insgesamt emittiert wurden. Der Anstieg des Meeresspiegels hat sich in den letzten Jahrzehnten beschleunigt.

Selbst wenn wir sofort alle CO<sub>2</sub>-Emissionen stoppen könnten, wird die Temperatur noch um weitere 0,6 Grad steigen. Mit weitreichenden Folgen wie Stürmen, Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöten und Schäden in Billionenhöhe. Die Vorboten erleben wir bereits. Auch die Gefahr einer katastrophalen globalen Rezession ist damit verbunden. Wenn wir jetzt handeln, können wir die Kosten noch im Zaum halten. Für einen wirksamen, effektiven Klimaschutz müssten wir selbst bei anspruchsvollen Zielen etwa ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung aufbringen. Weiter machen wie bisher wird sehr viel teurer: Bis zu zwanzig Mal so hoch wären die Kosten. Jetzt schnell zu handeln und in Klimaschutz zu investieren ist also auch eine Frage der ökonomischen Vernunft.

# EMISSIONSHANDEL und CO<sub>2</sub>-PREIS

Der europäische Emissionshandel ist gedacht als Instrument, um dem Ausstoß klimaschädlicher Emissionen einen Preis zu geben. Investitionen in Klimaschutz sollen sich dadurch schneller rechnen. In den Bereichen Energiewirtschaft und Industrie legt er fest, wie viel CO<sub>2</sub> höchstens ausgestoßen werden darf. Die Rechte zum Ausstoß des Klimagases werden verkauft oder versteigert. Doch als wirksames Klimaschutzinstrument taugt der Emissionshandel auch Jahre nach seiner Einführung nicht. Die letzte Reform hat zwar einige Fehler ausgebessert, doch auch in seiner nächsten Handelsperiode bis 2030 bleibt das Instrument zahnlos. Denn viel zu viele Emissionszertifikate sind auf dem Markt, seit Jahren werden sie überwiegend kostenlos an die Industrie abgegeben. Daran wird sich vorläufig auch nichts ändern. Der Effekt: Der Ausstoß von CO<sub>2</sub> ist zu billig, um Lenkungswirkung zu erzielen.

Es besteht kein Anreiz, in Klimaschutz zu investieren. Wir wollen das ändern, indem wir in Deutschland innerhalb des Emissionshandels einen Mindestpreis von anfangs 40 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> festlegen.

Das wollen wir in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarstaaten erreichen und dazu auf die Angebote Frankreichs und der Niederlande eingehen.

Hinzu kommt, dass über die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland gar nicht im Emissionshandel erfasst werden. Damit sind sie weder eingepreist, noch unterliegen sie einem Reduktionsfaktor oder einer Obergrenze. Das betrifft vorrangig die Sektoren Wärme und Verkehr. Hier sinken die Emissionen seit Jahren nicht oder steigen sogar wieder an. Daher wollen wir auch außerhalb des Emissionshandels einen CO<sub>2</sub>-(Einstiegs-)Preis von 40 Euro einführen. Er soll ökonomisch und ökologisch wirksam, aber zugleich sozial gerecht sein. Denn die Einnahmen wollen wir in Form eines Energiegeldes direkt an die Bürgerinnen und Bürger sowie an kleine und mittlere Unternehmen zurückgeben.



Quelle: Wimbome / Reuters

# NATURKATASTROPHEN NEHMEN ZU

Es sind gerade die armen Länder der Welt, die am stärksten unter der Klimakrise leiden. Überschwemmungen und Dürren, Stürme und Veränderungen in der Tier- und Pflanzenwelt haben für sie gravierende Folgen. Schon jetzt haben unzählige Klimaflüchtlinge aus diesem Grund ihre Heimatländer verlassen. Aber auch wir in Europa sind massiv betroffen und werden es künftig noch stärker sein. 2018 gab es in Europa einen Dürresommer, der zu vielen Waldbränden und Problemen in der Landwirtschaft führte. Wetterbedingte Naturkatastrophen mit vielen Toten und Milliarden Schäden haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen.

Hitzewellen und Dürreperioden wie 2003 oder 2018 werden nach und nach auch bei uns zur Normalität. Die Auswirkungen sind dramatisch: Der menschliche Körper leidet unter der Hitze, viele heimische Tier- und Pflanzenarten verschwinden für immer, die Wasserversorgung gerät ins Stocken. Bereits heute erleben wir Ernteeinbußen, massive Schäden in der Forstwirtschaft und Ausfälle von Kohle- und Atomkraftwerken, weil die Anlagen nicht ausreichend gekühlt werden können. Auch für die Gesundheit droht Gefahr. Zecken als Überträger der gefährlichen Krankheit Borreliose breiten sich aus, das Risiko von Malariainfektionen wächst.

Foto: Reuters



# WIR HABEN VERANT- WORTUNG

Foto: Markus Spiske, unsplash



Die Klimakatastrophe ist eine globale Gefahr. Die gesamte Menschheit ist betroffen und muss handeln. Hauptverursacher der Klimakrise sind die Industrieländer. Daher müssen sie die Hauptlast beim Klimaschutz tragen. Zugleich kann man den Entwicklungsländern das Recht auf Wohlstand nicht verwehren. Wir müssen ihnen aber helfen, unsere Fehler nicht zu wiederholen.

Die meisten klimaschädlichen Gase produziert die Energieversorgung, allen voran die Verstromung von Braun- und Steinkohle. Nach heutigem Stand müssten wir die Kohlekraftwerke bereits bis 2030 vom Netz nehmen, um die Klimaziele noch zu erreichen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat Anfang 2019 ihren Kompromiss für den Ausstieg aus der Kohleverstromung geliefert. Konkrete Maßnahmen für mehr Klimaschutz folgten daraus bisher nicht. Die Große Koalition muss nun zumindest die Empfehlungen der Kommission schleunigst auf den Weg bringen.

## DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION FORDERT:

- — Ein nationales Klimaschutzgesetz mit ambitionierten Sektor- und Zwischenzielen zu verabschieden
- — Den Kohleausstieg einzuleiten
- — Erneuerbare Energien konsequent auszubauen
- — Die Energiewende auch im Wärme- und Verkehrssektor voranzutreiben
- — Einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel und einen CO<sub>2</sub>-Preis für die Sektoren Wärme und Verkehr einzuführen
- — Umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzubauen
- — Jetzt schnellstmöglich alle nötigen Investitionen für eine klimarettende Energie-, Wohnungs- und Landwirtschaft, Industrie und Mobilität bereitzustellen



# NOCH FRAGEN?

## ZUM WEITERLESEN:

- ——— Bürgerenergie (Flyer 19039)
- ——— Kohleausstieg konsequent (Flyer 19030)
- ——— Klimakrise verändert Deutschland (Flyer 18/41)
- ——— [gruene-bundestag.de/Themen/Klimaschutz](http://gruene-bundestag.de/Themen/Klimaschutz)

## BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/11153 Klimabilanz in Gesetzesfolgenabschätzung aufnehmen und CO<sub>2</sub>-Bremsen einführen (Antrag)
- 19/9953 Die Europäische Union zur Klimaschutz-Union machen (Antrag)
- 19/9920 Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Beendigung des Betriebs von Kohlekraftwerken
- 19/9698 Ausbau der Solarenergie beschleunigen, dezentrale Bürgerenergie und Mieterstrom unterstützen
- 19/6103 Wirksames Klimaschutzgesetz vorlegen

**Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion**  
Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie,  
Landwirtschaft und Verkehr

**Lisa Badum MdB,**  
Sprecherin für Klimapolitik

TEL 030/227 78008  
FAX 030/227 70008  
[info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

*Diese Veröffentlichung informiert  
über unsere parlamentarische  
Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie  
darf im Wahlkampf nicht als Wahl-  
werbung verwendet werden.*